



Der Fall Silvia Gingold -

Wer schützt uns vorm Verfassungsschutz?



Die ehemalige Lehrerin aus Kassel ist im In- und Ausland eine der bekanntesten vom Berufsverbot Betroffenen. Die 72-jährige Tochter von zwei europaweit hochgeehrten Widerstandskämpfern wird seit ihrem 17. Lebensjahr vom Inlandsgeheimdienst beobachtet. Silvia Gingold erhielt in den 1970er Jahren Berufsverbot wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP. Dieses musste nach Jahren der Auseinandersetzung offiziell zurückgenommen werden.

Ihre Eltern Ettie und Peter Gingold, 1933 doppelt verfolgt als Juden und als Kommunisten, flohen vor dem Nazi-Terror nach Frankreich und schlossen sich der Resistance an. Nach der Befreiung 1945 kamen sie mit ihren Kindern Alice und Silvia zurück, nach Frankfurt / Main.

Der Eifer und Aufwand, mit dem Silvia Gingolds Bespitzelung jahrzehntelang betrieben wurde, ist ein Skandal und eines Rechtsstaats unwürdig. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Vergleich mit einem anderen Bürger aus Kassel.

Der Hauptverdächtige im Mordfall Lübcke war seit langem bekannt als gefährlicher rassistischer Gewalttäter mit engen Kontakten zum NSU-Umfeld und deswegen mehrfach vor Gericht, u.a. wegen eines Anschlags auf eine Flüchtlingsunterkunft. Trotzdem wurde er im Nachrichteninformationssystem des Verfassungsschutzes (Nadis) nicht geführt, wie u.a. die FAZ recherchierte (18. 6. 2019). Es gab weder Observation noch Beobachtung.

Und Silvia Gingold? Die Sprecherin der VVN – BdA in Hessen wird bespitzelt, weil sie sich gegen Nazis engagiert und – so u.a. die Begründung - weil sie vor antifaschistischen Gruppen aus der Biografie ihres Vaters liest. Zu keinem Zeitpunkt wurden ihr verfassungswidrige Aktivitäten nachgewiesen. Silvia Gingold hat deswegen Klage erhoben gegen das hessische Innenministerium.

Zeitzeugen-Gespräch mit Silvia Gingold in Hof

Freitag, 27. September, 19.00 Uhr, Büro der Partei DIE LINKE

Der Kreisvorstand der VVN/BdA Hof-Wunsiedel lädt herzlich dazu ein.